

Satzung

der Stadt Bischofswerda über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte Schiebock“

Auf Grundlage des § 142 Absatz 1 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung (SachsGemO), jeweils in der zuletzt geänderten Fassung, beschließt der Stadtrat der Stadt Bischofswerda in seiner Sitzung am 25.11.2025 folgende Satzung:

Vorbemerkung:

Die Satzung verwendet Begriffe ausschließlich in der männlichen Form. Die Begriffe gelten jedoch gleichberechtigt für Personen jeden Geschlechtes.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan vom 22.10.2025. Der Geltungsbereich umfasst alle Grundstücke und Grundstücks-teile innerhalb der im Lageplan abgegrenzten Fläche. Der Lageplan wird Bestandteil der Satzung.

§ 2

Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

- (1) In dem in § 1 bezeichneten Geltungsbereich wurden städtebauliche Missstände festgestellt. Dieser Bereich soll durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen verbessert und umgestaltet werden.
- (2) Das insgesamt ca. 27,23 ha umfassende Gebiet gemäß § 1 wird hiermit als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. Das Gebiet erhält die Bezeichnung Sanierungsgebiet „Stadtmitte Schiebock“.
- (3) Werden innerhalb des Sanierungsgebiets durch Grundstckszusammenlegungen Flurstücke aufgelöst und neue Flurstücke gebildet oder entstehen durch Grundstücksteilungen neue Flurstücke, sind auf diese insoweit die Bestimmungen dieser Satzung ebenfalls anzuwenden.

§ 3

Verfahren

- (1) Die Sanierungsmaßnahme wird im vereinfachten Verfahren durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB ist ausgeschlossen.
- (2) Die Frist für die Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme wird gemäß § 142 Absatz 3 BauGB auf 15 Jahre nach Inkrafttreten dieser Satzung festgelegt.

- (3) Ist die Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme innerhalb der hier festgelegten Frist nicht möglich, kann die Frist durch Beschluss des Stadtrates verlängert werden.

§ 4

Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB insgesamt finden keine Anwendung.

§ 5

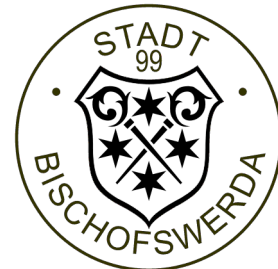
In-Kraft-Treten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Absatz 1 BauGB am Tag nach ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.

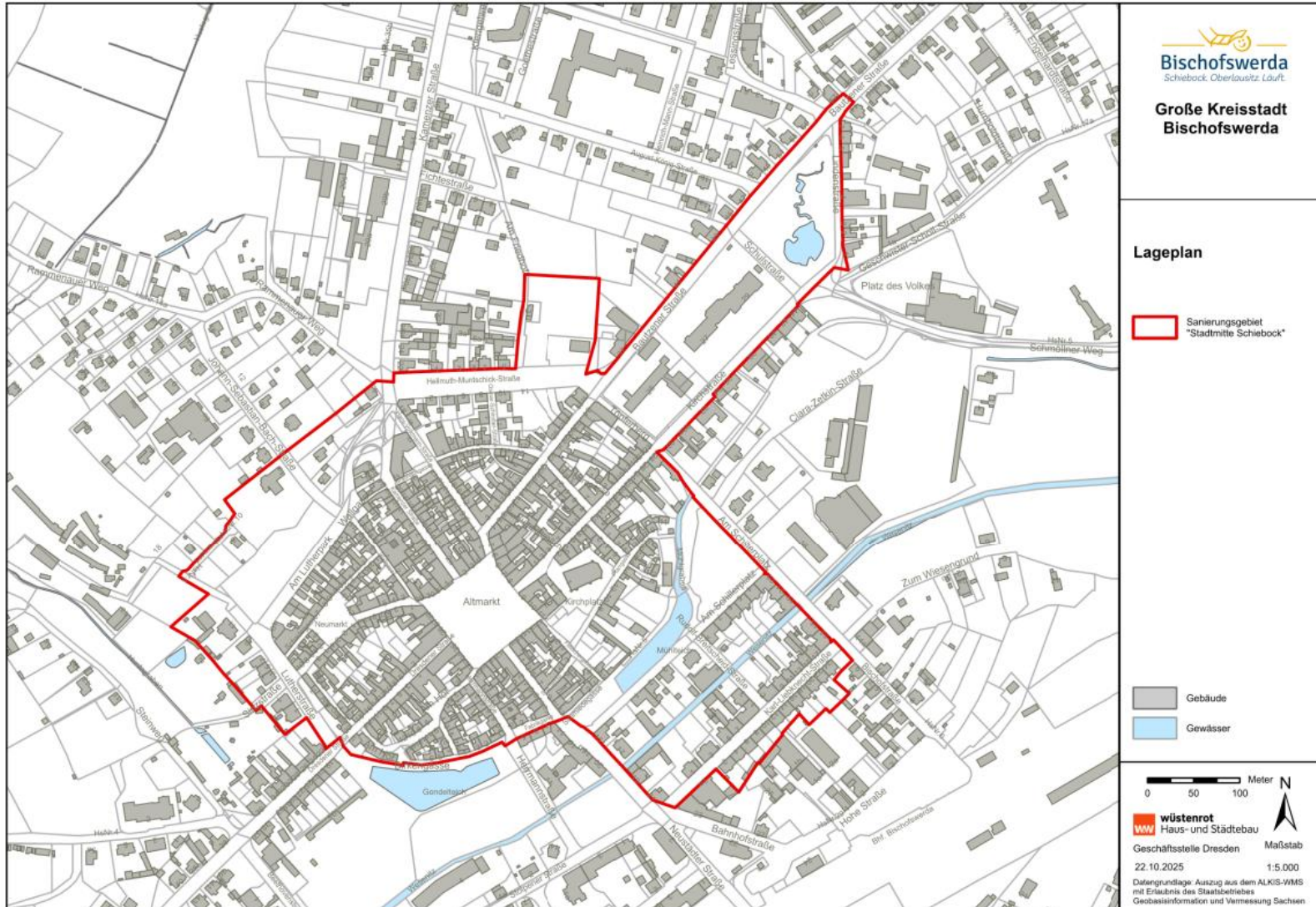
Die Satzung nebst Anlage wird hiermit ausgefertigt.

Bischofswerda, 09.01.2026

Prof. Dr. Große
Oberbürgermeister



Anlage Lageplan



Hinweis auf § 4 Absatz 4 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehore den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Prof. Dr. Große
Oberbürgermeister